7. Jahrg. Nr. 90 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

November 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1.30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Heraus aus der Passivität!

Ein offenes Wort an die Erwerbslosen

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Nachdem der Reichstag seine viermonatlichen Ferien ungestört vollbracht hatte, begann ein widerliches Heucheln aller parlamentarischen Parteien über die Not der Erwerbslosen und über die Hilfeleistung dieser Parteien. Sogar die Deutschnationalen stimmten für eine 30 prozentige „Erhöhung". Die Regierung lehnte diesen einstimmigen Beschluß — von den Völkischen bis zur KPD. — einfach ab. Sie weiß, daß auf dem Rücken der Erwerbslosen lediglich der Kampf um kapitalistische Interessen geführt wird und keine Partei daran denkt, der kapitalistischen Regierung — „ihrer" Regierung den Kampf anzusagen. Die SPD. hat für die berüchtigte „Krisenfürsorge" der kapitalistischen Regierung ihre unbedingte Unterstützung garantiert. Die KPD. unterstützt diese Partei, wo sie irgend kann, z. B. ganz offen in Mecklenburg. Der von der KPD. inspirierte „Zentralausschuß der Erwerbslosen Berlin-Brandenburg" schreibt in Nr. 6 des „Erwerbslosen" einen „Offenen Brief" an den Magistrat, in dem er schamlos erklärt: „Monate schlimmster Not und krassesten Elends stehen Hunderttausenden von Berliner **Bürgern** bevor." Ein Sack voll Weihnachtswünsche soll den Erwerbslosen den Blick trüben, für ihre tatsächliche Zukunft, soll ihnen die wirklichen Tatsachen verschleiern.

Welches sind diese Tatsachen? Die Ursache der Erwerbslosigkeit, — **das ist der Kapitalismus selbst!** Die Krise des Kapitalismus liegt in seinem Produktionssystem begründet. Die **Rationalisierung**, das ist der auf die Spitze getriebene Wettkampf der Kapitalmagnaten der Welt um die Absatzmärkte. Doch in den früheren Absatzmärkten — den Kolonien — wächst selbst eine immer stärker werdende Industrie heran! Der kapitalistische Weltmarkt ist erschlossen und kann nicht erweitert werden. Im Kampfe um die Beherrschung derselben wirkt sich die gesteigerte Ausbeutung, die Nationalisierung als eine endlose Schraube aus. Der innere Absatzmarkt wird durch die Lohnabbauoffensive und Erwerbslosigkeit — um die Konkurrenzfähigkeit zu steigern — gedrosselt. Ein Land folgt dem anderen nach. Der Widerspruch zwischen Produktion und Absatz wird immer größer. Der Kapitalismus kann seine Sklaven nicht mehr ernähren! Vor der Arbeiterklasse steht die geschichtliche Alternative: **Untergang in die Barbarei — oder Kommunismus!**

Der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit, das ist daher der Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt!

Und nun überlegt, erwerbslose Proletarier, welche Partei, welche Klasse will den kpaitalistischen Aufbau — trotz alledem — und welche Organisation, welche Klasse will die proletarische Revolution und damit die Beseitigung des Erwerbslosenelends und der Erwerbslosigkeit überhaupt?

Wir brauchen nicht reden von den offen kapitalistischen Parteien. Wir müssen aber reden über jene, die in der Maske der „Arbeitervertreter" auftreten, um die Erwerbslosen und das gesamte Proletariat zu verwirren.

Die SPD. und die Gewerkschaften sind die fanatischsten Verteidiger der bürgerlich-kapitalistischen Geldsackdemokratie! Sie haben sich zur Aufgabe gemacht, den Kapitalismus um jeden Preis zu retten. Daher ihr hundsgemeiner Verrat im Kriege, in der Revolution, und ihr organisierter Streikbruch im englischen und Hamburger Streik. Um die kapitalistische Regierung im kommenden Winter zu stärken, hat die SPD. in diesen Tagen ein geheimes Abkommen mit der Regierung getroffen und den Wink Silverbergs, mit dem Kapital ein festes Bündnis gegen das Proletariat zu schließen, in die Tat umgesetzt. Die Gewerkschaften und die SPD. sind auf Gedeih und Verderb mit dem bankrotten Kapitalismus verbunden, und die gerissensten Feinde des Proletariats!

Will die III. Internationale die Revolution?

Nein!

Rußland baut seinen Kapitalismus von neuem auf. Es braucht Kredite, Maschinen. Es will die Ruhe und Ordnung! Das Proletariat in Rußland leidet unter derselben Arbeitslosigkeit wie die Arbeiter in Deutschland, im Kapitalismus. Um ihren Verrat besser verschleiern zu können, hat die III. Internationale die These von der „Stabilisierung des Kapitalismus" erfunden, und jeder, der dem widerspricht, fliegt aus der Partei. Ihre Forderungen: Einreihung in den Produktionsprozeß, Erhöhung der Unterstützung usw. nennt man in Rußland **„gemeingefährliche Demagogie"!** Sie will die Arbeiter an die Gewerkschaften fesseln, will sich mit Amsterdam vereinigen, will eine „Arbeiter- und Bauernregierung", aber will nicht die Revolution. Ihr Kampf gegen die Erwerbslosigkeit ist reformistischer Betrug, offener Verrat, gemeingefährliche Demagogie.

Den Kampf gegen die Beseitigung der Erwerbslosigkeit und für die Revolution führen einzig und allein die KAPD. und AAU. Sie sind die einzige Vertretung der Erwerbslosen und der Arbeiterklasse.

Die KAPD. und AAU. können jedoch die Revolution nicht **für** das Proletariat durchführen, die Revolution muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Die KAPD. und AAU. rufen Euch daher auf zum gemeinsamen Kampf. Unsere Aufgaben sind:

Der Bruch mit jeder parlamentarisch-gewerkschaftlichen Politik. In diesem Sinne müssen die Erwerbslosen gemeinsam mit der KAPD. und AAU. kämpfen. Wir müssen den Gedanken in die Massen tragen, daß nur die Revolution uns Rettung bringt. Kampf daher gegen die reformistischen Erwerbslosenausschüsse als die Platzhalter und Zutreiber der gewerkschaftlich-parlamentarischen Konterrevolution.

Zusammenschluß der revolutionären Erwerbslosen in der AAU. und Aktivisierung der Erwerbslosen im revolutionären Sinne. Offene Propaganda für den Sturz des Kapitalismus! Sammlung der Erwerbslosen unter der Losung: Diktatur des Proletariats! Demonstrationen vor den Betrieben und Kampf um die Solidarität von Erwerbslosen und Betriebsarbeitern gegen die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien und deren Klassenverrat.

Die Brosamen, die die Bourgeoisie den Erwerbslosen hinwirft, lediglich um sie zu beruhigen, werden noch etwas reichlicher fallen, wenn die Massen der Erwerbslosen selbst auf den Plan treten. — Aber ohne Kampf ist der Hungertod unser aller Schicksal. Diese Brosamen dürfen uns nicht stören, das gesteckte Ziel mit aller Zähigkeit zu verfolgen. Die Waffen im Kampfe müssen sein **die revolutionären Aktionsausschüsse!**

Nur wenn die revolutionären Arbeiter unter den Erwerbslosen gemeinsam mit der AAU. und KAPD. an die Arbeit gehen, um die Massen des erwerbslosen Proletariats zu mobilisieren, nur wenn die Massen der Erwerbslosen selbst auf die politische Bühne treten, wird der revolutionäre Funke in den Betrieben zünden! Werden die Flammen der Arbeitersolidarität über Berufsdünkel und Berufsspaltung zusammenschlagen. — Das ist der Weg, nicht ein Kongreß mit den Kleinbürgern, die reich werden wollen, aber niemals Bundesgenossen für das Proletariat sein werden.

Proletarier, die proletarische Revolution saugt bereits wieder neue Kräfte aus dem krisendurchschwängerten Boden des Kapitalismus. Helft mit uns die letzte Mahnung Karl Liebknechts erfüllen; daß unter dem Dröhnen des wirtschaftlichen Zusammenbruches die Sklaven erwachen wie von den Posaunenklängen des jüngsten Gerichts!

Es geht um unser Leben, und unser Leben fordert den Tod des Kapitals!

Die Krise des Faschismus

Das letzte Attentat auf Mussolini war der Vorwand für eine neue, ungeheuer gesteigerte Terrorwelle des Faschismus über ganz Italien. Der 15jährige „Attentäter", ein Faschist im Schwarzhemd, wurde von Miliziensoldaten durch 14 Dolchstiche gelyncht. Alle Italiener und auch das Ausland mögen wissen, daß das Volk auf der Stelle Recht gesprochen hat", verkündete Mussolini. Zuerst war nur der Mauritius-Orden von der Kugel getroffen, so daß diese abglitt. Nachher war nur das Band beschädigt worden. (Die Kugel ist also wohl von dem Band abgeglitten!) Mussolini ist unsterblich, er selbst sagt: „Nichts kann mir geschehen, bevor ich nicht meine Sendung erfüllt habe!" Und die Faschisten suggerieren den zum großen Teil noch abergläubigen Volksmassen: „Der Duce kann nicht sterben!" Sie haben recht; denn solangen Attentate durch faschistische Lockspitzel inszeniert werden, werden die Kugeln vorbeigehen. Solange man rechtzeitig durch Leute, wie Garibaldi, vom „Attentat" in Kenntnis gesetzt wird, wird dieses naturgemäß fehlschlagen.

•

Doch wichtiger als alles Rätselraten über die wirklichen Zusammenhänge dieses „Attentats", die noch immer von undurchdringbaren Schleiern umhüllt sind, ist die eine Frage: Wie ist es möglich, daß Faschisten einen der ihren sofort auf Grund irgend eines Umstandes bestialisch niedermachen, ohne den geringsten Anhaltspunkt zu haben? Die „Rechtsprechung" auf der Stelle stellte sich doch als „bedauerliche Verwechslung" heraus. Die Antwort darauf ist die: Die Krise des Faschismus.

Nachdem die revolutionären Vorstöße fehlschlugen (siehe Fabrikbesetzung) und der sozialdemokratische Reformismus keine Besserung bringen konnte, erschien Mussolini mit seiner faschistischen Diktatur den Bauern, Kleinbürgern und auch Teilen des Industrie- und Landproletariats als der Messias, der sie in das gelobte Land führen sollte. Der Faschismus versprach Klassenversöhnung und Volksgemeinschaft. Er „verbot" den Klassenkampf und führte ein Schiedsgerichtsverfahren ein. Die Kapitalisten verstanden es sehr gut, auf Grund ihrer ökonomischen Gewalt, sich im Laufe der Zeit von den auch ihnen auferlegten Fesseln völlig zu befreien. Der Faschismus mußte sich auf den Boden der bürgerlich-kapitalistischen Notwendigkeiten stellen und er verschärfte seinen Druck auf die Arbeiter. Unter der faschistischen Diktatur wurde der proletarische Lebensstandard immer tiefer herabgedrückt. Dabei bestand trotz der fortgesetzten Auswanderung, besonders auch nach Frankreich, eine verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit, die in diesem Jahre noch zunahm.

•

Die italienische Industrie kann den auf dem Lande und in der Stadt proletarisierten „Bevölkerungsüberschuß" nicht aufnehmen, denn sie besitzt gar nicht die Voraussetzungen für eine Schwerindustrie. Dazu fehlt es ihr fast an allem: an Kohle und anderen Brennmaterialien, sowie an Erzen, Italien hat überhaupt keine bedeutenden eigenen Rohstoffquellen, mit Ausnahme der Rohseide. In Hülle und Fülle ist nur eines im Lande vorhanden: billige Arbeitskraft. Baumwollgewebe, Roh-, Kunstseide, Seidengewebe usw. waren so auch die hauptsächlichsten Exportartikel.

Der Faschismus konnte mit seinen Phrasen an diesen Dingen nichts ändern. Er mußte vor der Wirklichkeit kapitulieren und mit dem Scheitern seiner Grundlage — nämlich die Durchführung der Klassenharmonie und allgemeinen Volkswohlfahrt unter den bestehenden kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen — sein eigenes Scheitern proklamieren. Nur durch fortgesetzte Verschärfung der Terrorakte konnte sich der Faschismus über wiederholte gefährliche Situationen hinwegretten. Den höchsten Punkt hat er zweifelsohne mit den durch Lockspitzel à la Garibaldi provozierten „Verschwörungen" und „Attentaten" erreicht. Man muß schon, wie der russische Zarismus, derartig auf dem Pulverfaß sitzen, wenn man solche letzten, verzweifelten Versuche unternimmt, um die Opposition weiter niederzudrücken und den eigenen faschistischen Anhang bei der Stange zu halten.

•

In der Tat wird beides beabsichtigt. Die Auflösung aller nichtfaschistischen Organisationen, die Mandatsentziehung der oppositionellen Abgeordneten, die Zerstörung von radikalen Druckereien, sollen neben den Massenverhaftungen, Mißhandlungen und Verfolgungen jeden Widerstand gegen das faschistische Regime unmöglich machen. Aber gleichzeitig sollen

die faschistischen Massen durch diese neue Aufpeitschung über die Gegensätze im eigenen Lager hinweggetäuscht werden.

Die getreuesten Stützen Mussolinis sind selbstverständlich diejenigen Elemente, die im Staatsapparat oder der faschistischen Miliz untergeschlüpft sind. Darüber hinaus aber beginnen die Massen der betrogenen Kleinbürger und Kleinbauern unter dem Druck der Wirtschaftskrise gegen die faschistischen Regierungsinstanzen zu rebellieren, da diese vollkommen die Politik der Bourgeoisie verkörpert. Gerade in dem Augenblick, wo die faschistische Partei die einzige legale ist, brechen in ihr die Klassengegensätze offen hervor. Verschiedene oppositionelle faschistische Führer befinden sich in der Emigration. Andere sitzen im Gefängnis; z. B. Calza Bini, der frühere General der Miliz und Sekretär der faschistischen Provinzföderation Rom.

Der Matteotti-Mörder Dumini erhielt 14 Tage Gefängnis, weil er erklärt hatte: „Wenn man mich wegen der Ermordung Matteottis zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt hat, so müßte man Mussolini dafür zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilen!" Als vor seiner Verhaftung in Florenz Gerüchte herumgingen, Mussolini habe Dumini beseitigen lassen, fanden dort große faschistische Demonstrationen statt, auf großen handgemalten Plakaten der Faschisten war zu lesen: **„Mussolini hat Dumini ermorden lassen — Tod Mussolini!"**

Mussolini verpflichtet jetzt jedes Parteimitglied, einen neuen Eid abzulegen: „Ich schwöre, ohne Widerrede alle Befehle des Duce zu erfüllen und mit allen meinen Kräften, und, wenn nötig, auch mit meinem Blute, der Sache der faschistischen Revolution zu dienen." Der „große Faschistenrat", der die Politik der Partei bestimmen soll, wird von Mussolini ernannt. Schließlich hat er noch die statuarische Wählbarkeit beseitigt und das Prinzip „von oben nach unten" völlig durchgesetzt. Zum Ueberfluß hat er sich noch zum Oberkommandanten der Miliz gemacht und sich mit seinem ersten Befehl so eingeführt: „Die Parole ist: unbedingte Unterwerfung!"

•

Doch alle diese krampfhaften Sicherungsmaßnahmen werden die Zersetzung des Faschismus nicht verhindern. Auch die Schürung des übelsten Chauvinismus nicht. Für eine aktive imperialistische Politik fehlt dem durch die besonderen Verhältnisse schwach entwickelten italienischen Kapitalismus die nötge Großmachtstellung. Mussolini mußte darum schon manches Loch zurückstecken; er mußte z. B. Locarno schlucken. Seine imperialistische Politik wird hauptsächlich durch zwei Punkte bestimmt: 1. Auswanderungsmöglichkeiten für den Bevölkerungsüberschuß; 2. Absatz für seine Exportartikel. Mussolini spekuliert dabei auf die Gegensätze zwischen England und Frankreich. Für die Unterstützung Englands in der Mossulfrage erzielte er das italienisch-englische Schuldenabkommen.

Vor allem ist Mussolini an Vorderasien und Nordafrika interessiert. Ein Abkommen mit England gestattet Italien, durch eine Eisenbahnlinie durch abessinisches Gebiet Eriträa und Somaliland zu verbinden und damit Westabessinien zu kontrollieren. Dadurch ist ein Konflikt mit Frankreich entstanden. Die Ueberbevölkerung richtet das italienische Interesse mehr nach Kleinasien, wodurch Kriegsgefahren mit der Türkei in Frage kommen. Auch Syrien und Tanger sind von Interesse für Italien.

•

Mussolini glaubte, Frankreich als im Bunde mit der antifaschistischen Emigration hinstellen zu können. Die französische politische Polizei hat aber das ganze Manöverspiel aufgedeckt. Frankreich fordert Genugtuung für verschiedene Zwischenfälle. Auch hier wird der Faschismus zurückweichen müssen. Im ganzen ist die faschistische Diktatur nur in schwach entwickelten Ländern und nur deshalb, weil die rückständigen, von reaktionären Utopien befangenen Kleinbürgermassen vorübergehend durch ihre scheinbare Messiasrolle geblendet werden, — bis die lansame Ernüchterung aufsteigt. Und auch das außerpolitische Kraftmeiertum eines Mussolini kann die realen imperialistischen Machtverhältnisse nicht ändern.

Der Faschismus hat seinen Höhepunkt überschritten, er beginnt abzubröckeln. Sache der italienischen Arbeiter ist es, das ganze kapitalistische System zu Fall zu bringen und so der faschistischen Diktatur die revolutionäre Proletarierdiktatur entgegen zu stellen.

Politische Rundschau

Silverberg und seine Knechte

Sie melden sich zur Stelle.

So ungefähr wie man Kindern Märchen erzählt, plaudert Stampfer im „Vorwärts" vom 12. Nov. morgens auch zu seinen Kindern. Er sagt es ihnen so:

„Reichskanzler Dr. Marx hatte gestern eine Besprechung mit den Führern der Sozialdemokratie. Die Unterhaltung, an der die Genossen Müller, Wels, Dittmann und Breitscheid teilnahmen, trug natürlich zunächst einen mehr unverbindlichen und persönlichen Charakter. **Aber es wurden in ihr doch all die Möglichkeiten durchgesprochen, die sich aus der Situation ergeben können,** und sie hatte auch insofern einen **praktischen Erfolg,** als der Reichskanzler, der im Namen des Kabinetts redete, schließlich die Anregung gab, daß sich Regierung und Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie in regelmäßiger Verbindung halten sollten, um, bevor Entscheidungen fallen, den Versuch einer Verständigung zu unternehmen.

Die sozialdemokratischen Vertreter haben sich mit diesem Vorschlag **einverstanden erklärt,** und zweifellos **wird die Partei ihm zustimmen.** Es kommt darauf an, die Regierung vor einem Abgleiten nach rechts zu bewahren. Würden wir uns einer Fühlungnahme versagen, so wäre sie ganz naturnotwendig genötigt, den Anschluß an die Deutschnationalen zu suchen, was bei der Einstellung dieser Partei nichts anderes bedeuten könnte, als ihre Aufnahme in das Kabinett. Gewiß, theoretisch gäbe es auch noch andere Auswege, wie vor allem die Auflösung des Reichstags. Wir hätten sie rein parteipolitisch nicht zu fürchten, aber die Frage tut sich auf, ob das neugewählte Parlament ein wesentlich anderes und günstigeres Bild bieten würde, gar nicht zu reden davon, ob der Reichspräsident sich zu einem solchen Schritt entschließen könnte."

Die „Möglichkeiten, die sich aus der Situation ergeben könnten", liegen bei Hereinbrechung des Hungerwinters hauptsächlich für die Erwerbslosen auf der Hand. Wenn man — so sagt sich die Regierung mit Recht — die Hilfe zur Niederknüttelung der Verhungernden bei den Sozialdemokraten finden kann, wozu sollen sich da die Deutschnationalen unnötig die Hände beschmutzen. Die Erwerbslosen können also in dem Bewußtsein verrecken, daß die Sozialdemokratie für einen „linken" Kurs sorgt.

Hoch die SPD.!

Ruft die KPD.

In Sachsen hat sich die KPD. heillos festgefahren. Sie wagt nicht, was sie gern möchte, und kommt zu folgendem Verlegenheitsgestammel:

1. Die KPD. erblickt in einer Regierung aus Sozialdemokraten und ASPD., oder in einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, **die an die ASPD. gebunden ist,** keine sozialdemokratische, sondern eine bürgerliche Koalitionsregierung, zu deren Sturz sie die Arbeitermassen mobilisieren und keine Gelegenheit im Parlament vorübergehen lassen wird, um diesen Sturz zu vollziehen.

2. Die KPD. macht die Duldung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung abhängig von der Durchführung von proletarischen Forderungen, wie sie im Wahlaufruf der Partei zum Ausdruck gekommen sind und **von der Ablehnung jeder politischen Bindung mit der ASPD.**

3. **Die KPD. wird auf Grund dieser Forderungen für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stimmen.** Im Falle der Verletzung der proletarischen Forderungen durch die sozialdemokratische Regierung wird die Kommunistische Partei die Arbeitermassen gegen die Regierung mobilisieren und ihren Sturz herbeiführen.

Vielleicht lassen sich die Arbeiter der KPD. einmal erzählen, worin der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den „alten" Sozialdemokraten besteht. Die KPD. kann also als Erfolg buchen, daß die „neue" Sozialdemokratie mit ihr gemeinsam keine Mehrheit bildet, sonst müßte sie in die Regierung eintreten, und — das fehlte gerade noch auf die Mühle der Opposition. In Mecklenburg muß es nach der Logik der KPD.-Bonzen den Arbeitern einfach glänzend gehen, denn die dortige sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung ist bis jetzt noch nicht durch die KPD. gestürzt — erfüllt also sämtliche „proletarische Forderungen"! — In Wirklichkeit wagt die KPD. den Weg der offenen Koalition nicht zu beschreiten, weil sie damit den Arbeitern ein Licht über ihren wahren Charakter aufstecken würde. Sie wartet damit bis nach dem Hinauswurf der paar Kommunisten aus der Partei. Bis dahin begnügt sie sich mit dem „Nieder" die 23. und dem „Hoch" die „Linken"!

Eine bodenlose Frechheit!

In der **Metallarbeiterzeitung Nr. 45 finden** wir folgende Notiz:

„Des Proletariers Anteil am Vaterland. In der Zeitung „Heimat und Reich" schildert jemand folgendes Erlebnis: „Als ich kürzlich meinen Garten veränderte, bot ich einige schöne Blumenpflanzen, die nun überflüssig wurden, einem treuen Menschen an, der mir dabei half. Dankend lehnte er ab, da er kein Stückchen Garten besitze, noch Aussicht habe, je eines sein eigen zu nennen. Nur einen Rosenstrauch erbat er sich für Mutters Grab. Ja das Grab der Lieben und später **das eigene Grab sind der einzige Anteil am deutschen Boden,** auf den unser modernes Industrieproletariat unter den heutigen Verhältnissen rechnen kann. Wann wird eine großzügige Förderung der halbländlichen Siedlung auch dem modernen Industrieproletariat wieder die Möglichkeit geben, wenigstens einen kleinen Anteil am deutschen Boden zu erringen?"

Die Metallarbeiterzeitung hängt nun folgenden Kommentar daran:

„Der ganze Anteil der Proletarier am Heimatboden ist die Grabstätte. **Als ihnen von den mordspatriotischen Lügenbeuteln vorgeschwindelt wurde, das Vaterland werde von habsüchtigen Feinden bedroht,** schulterten sie die Flinte. **Die dummen Proleten verteidigten nichts als ihre Grabstätte. Der Größe der Dummheit entsprechend der Lohn:** Bettelpfennige für die zerschossenen Glieder, kulimäßige Bezahlung für schwere Fron und Erwerbslosigkeit, zu allem noch Hohn und Verleumdung. **Wann werden die Proleten endlich gescheit werden und denen allein die Verteidigung des Vaterlandes überlassen, die es allein besitzen?"**

Es ist ganz unglaublich, mit welcher Frechheit sich hier die Gewerkschaften als mordspatriotische Lügenbeutel, die ihnen noch nachlaufen als dumme Proleten bezeichnen können, alles in der Spekulation, daß die Proleten **vergessen** sollen, daß die Gewerkschaften es waren, die sich in Kriegshetze überschlugen — und die heute das Proletariat zum Dank verhöhnen und ihm das Grab schaufeln.

Bilder aus dem russischen „Arbeiterstaat"

Was die Arbeiterdelegationen nicht sahen.

Ein längerer Artikel in der „Vossischen Zeitung" über einen Bericht des Chefredakteurs Dr. Richard Lewinsohn beginnt folgendermaßen:

„Im großen Saal des Bremer Gewerbehauses sprach gestern Chefredakteur Dr. Richard Lewinsohn über die Organisation der russischen Wirtschaft und die in ihr liegenden Möglichkeiten für Deutschland. Auf Grund von Reiseeindrücken, die er auch in einer Artikelserie der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht hat, schilderte Dr. Lewinsohn **das bescheidene, aber auskömmliche Leben des russischen Arbeiters** und Angestellten (Soweit sie überhaupt Arbeit haben! Red. d. „KAZ."), den Untergang der alten Bourgeoisie, **den Aufstieg eines neuen, gesellschaftlich noch nicht konsolidierten Mittelstandes und schließlich das Leben des russischen Bauern,** das sich **abseits** und **wenig berührt** von der städtischen Sowjetwirtschaft materiell wohl etwas besser und politisch freier als früher abspielt."

Also das mit dem „Aufschwung", von dem die „Rote Fahne" so viel erzählt, stimmt schon — fragt nur nicht, was sich da „aufschwingt".

•

Die Arbeitslosigkeit.

„Trud", das offizielle Organ der russischen Gewerkschaften vom 7. 10. 26 bringt folgenden Bericht:

„Nur 230 Arbeitslose von den 9000 der Moskauer Textilindustrie erschienen auf dem Meeting, das bereits zweimal einberufen war, aber wegen mangelnder Beteiligung verschoben werden mußte. Wie soll man solche Indifferenz erklären?

Im Verlaufe der Aussprache, aber besonders bei den Unterhaltungen in den Gängen, erklärten die Arbeitslosen ihre Abgestumpftheit damit, **daß sie jegliche Hoffnung verloren hätten,** von den Gewerkschaften irgendwelche Hilfe zu erhalten. **„Man hat uns einen Haufen schöner Parolen gegeben, aber man hat nichts für uns getan" — erklärte ihr Vertreter Uwanow.**

Ein Arbeitsloser, der auf Verlangen der Versammlung mehrfach das Wort nehmen mußte, war jedesmal Gegenstand stürmischer Umjubelung. Er klagte unsere Wirtschaftsbehörden an, die fremden Devisen sinnlos zu verschleudern, indem sie in Europa Luxusautomobile, Taxameterdroschken und Autobusse kauften, während zu gleicher Zeit unsere Textilindustrie aus Mangel an Hanf stillgelegt werde. Er verlangte, die hohen Gehälter der qualifizierten Arbeiter (Spezis) und des Verwaltungsapparats so herabzusetzen, daß dadurch auf der anderen Seite die Arbeitslosenunterstützung auf 50 Rubel erhöht werden könne.

Diese einfältige und gemeingefährliche Demagogie wurde von den Arbeitslosen mit Begeisterung aufgenommen. Arbeitslose, die versuchten, eine andere Auffassung vorzutragen, wurden mit „Nieder" angeschrien und gezwungen, die Rednerbühne zu verlassen."

Die Zahl der Erwerbslosen in Rußland ist, wie die „Imprekorr" unter dem Bericht der 15. Parteikonferenz berichtet, **im Steigen begriffen.** Sie betrug am 1. August 1 940 300, die Zahl der in den Staatsbetrieben beschäftigten 1 909 034.

Gegenseitige Hilfe

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschloß, den Prozeß gegen die KPD.-Zentrale bis zum Eintritt der Sommerferien des Reichstags im Jahre 1927 einzustellen. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Zentrum und Deutschvölkische. Der „Vorwärts" bringt die Meldung mit der deutlich gemeinten Ueberschrift: **Wink für das Reichsgericht!**

Die mißglückte Rationalisierung

In der **Metallarbeiterzeitung Nr. 10** finden wir folgendes interessante **Bekenntnis:**

Was Rationalisierueg ist und sein könnte.

In einem lehrreichen Aufsatz von Fritz Naphtali im „Vorwärts" über die deutsche Wirtschaftslage finden wir folgende Gedankengänge, die Wesen, Auswirkungen und Verlauf der Rationalisierung treffend zusammenfassen: „Rationalisierung bedeutet Senkung der Produktionskosten durch technische oder organisatorische Fortschritte. Diese Fortschritte setzen fast immer Arbeitskräfte frei. Wenn sich nun die Produktionskostensenkung umsetzt in eine entsprechende Preissenkung, so erweitert sich der Absatzmarkt, es folgt die Verbilligung, die Erweiterung der Produktion und damit die Wiederaufsaugung der freigesetzten Arbeitskräfte, wenn auch vielfach an anderen Stellen der Produktion. Ist dieser Kreislauf Rationalisierung, Verbilligung der Selbstkosten, Freisetzung von Arbeitskräften, Preissenkung, Erweiterung des Absatzes, Wideraufsaugen der Arbeitskräfte, geschlossen, so ist sein Ergebnis eine Hebung des Volkswohlstandes, eine gute Konjunktur, steigender Massenwohlstand und steigende Kapitalrente. Gegenwärtig nun haben wir von der Rationalisierung in erheblichem Umfange die Senkung der Produktionskosten und die Freisetzung der Arbeiter erlebt, aber die Auswirkung auf die Preise und damit die Erweiterung des Marktes und das Wideraufsaugen der Arbeitskräfte ist fast überall unterblieben. Große Teile des Unternehmertums in der Industrie und im Handel haben auf Grund natürlicher oder organisatorischer Monopolstellungen es verstanden, die Senkung der Selbstkosten zunächst nur zugunsten einer Erhöhung der Kapitalrente wirken zu lassen, **während sie den Weg, der von der Rationalisierung zur Hebung des Massenwohlstandes führt und dessen entscheidende Etappe die Preissenkung ist, verbaut haben."**

Ja, ja —! Wenn der Hund nicht — —! Jeder ABC-Schütze des Marxismus weiß, daß zur Reproduktion der Produktion auf erhöhter Stufe noch eine Kleinigkeit gehört — die Erweiterung des Marktes. Ist diese nicht möglich, führt die Steigerung des Produktionsertrages automatisch zur „Freisetzung" von Arbeitskräften und Produktionsmitteln, weil der kaufkräftige Konsum eben derselbe bleibt, hingegen die Steigerung des Produktionsertrages seine natürlichen Schranken in den vorhandenen Marktverhältnissen findet. Die Folge ist, daß diese Rationalisierung dadurch den inneren Markt noch schwächt, weil sie die freigesetzten Arbeitskräfte ihrer Kaufkraft beraubt. Die Proletarier jedoch werden so lange ein Opfer der kapitalistischen Anarchie bleiben, solange sie dem Geschwätz der Reformisten glauben, die ihnen weiß machen wollen, daß sich der Kapitalismus am eigenen Schopfe aus dem Dreck ziehen könnte.

Ein Schwindel der KAPD. — oder KPD.?!

In der „Roten Fahne" vom 13. November bringt die „Rote Fahne" notgedrungen die Zähne auseinander über die Versammlungen ihrer Rußlandfahrer in Berlin, über die sie bis heute siegesbewußt — schwieg! Sie faselt von einem Schwindel der KAPD. Wir haben dazu kurz zu sagen: Wir werden in nächster Nummer der „KAZ." den Beweis erbringen, daß unsere schon Jahre währenden Bemühungen, eine Delegation nach Rußland zu entsenden, schon jahrelang unbeantwortet blieben. In der erwähnten Versammlung im „Türkischen Zelt" in Charlottenburg wurde eine KAPD.-Delegation öffentlich einstimmig gewählt! Steinicke und Hess erklärten sich für diesen Beschluß einsetzen zu wollen! Wenn sie ihre Zusage heute insofern umlügen und behaupten, nur von einem „Vorschlag" gesprochen zu haben, so richten sie sich damit vor der Charlottenburger Arbeiterschaft. Wir geben der „Roten Fahne" Recht, daß der Einfluß der KAPD. (dieser unbedeutenden Gruppe) nicht so groß ist, wie der Einfluß der Junker, Industriellen und sonstiger kapitalistischer und sozialdemokratischer Organisationen. Die Arbeiter fragen danach auch nicht. Sie wollen die Wahrheit über den „sozialistischen Aufbau" wissen. Und diese Wahrheit bricht sich Bahn, trotz der Geschäftstüchtigkeit und Verlogenheit der „Roten Fahne".

„Kongreß der Werktätigen"

II.*)

Der brennenden Notwendigkeit, in der gegenwärtigen Epoche des kapitalistischen Niederbruchs eine absolut selbständige Klassenpolitik des Proletariats herauszubilden, glaubt die KPD. gerecht werden zu können mit der Parole „Kongreß der Werktätigen". Was ist's nun damit? Liegt dieser Kongreß wirklich auf der Linie der revolutionären Gegenwartsaufgaben der Arbeiterklasse oder ist er nur eines der sattsam bekannten scheinradikalen Ablenkungsmanöver der deutschen Leninistenführer?

Auf den ersten Blick schon ist unschwer zu erkennen, daß die neueste Losung der KPD. eine der typischsten Verlegenheitsparolen der leninistischen Illusionspolitik ist. Denn just zu der Zeit (am 12. Juni 1926), als trotz des bis zur Bewußtlosigkeit gesteigerten Volksentscheid-Rausches das Fiasko der

Oeffentliche Versammlungen

Donnerstag, den 18. November 1918, abends 7.30 Uhr.

Thema:

Hungerwinter — Arbeitslosigkeit — Wo ist ein Ausweg?

Weißensee: Borussia-Festsäle, Berliner Allee 212.

Berlin O: Comenius-Säle, Memeler Straße 67.

Arbeiter erscheint zu diesen Versammlungen.

Kommunistische Arbeiter-Partei. Allg. Arbeiter-Union.

parlamentarischen Fürstenenteignungskampagne nicht mehr zu verschleiern war, stellte das Zentralkomitee der KPD. in einem Aufruf die Frage: „Was wird nach dem 20. Juni?" und antwortete darauf: „Rüstet zum Kongreß der Werktätigen". Die Geburt der Parole „Kongreß der Werktätigen" stand unter einem Stern, der am politischen Himmel eine höchst unrühmliche und verhängnisvolle Rolle spielt. Um nämlich ihre bankrotte Illusionspoltik auch „nach dem 20. Juni" in anderer Form fortführen zu können, gaben die leninistischen Nutznießer des parlamentarischen Massenbetrugs flugs eine neue Parole heraus für die Zeit des politischen Katzenjammers nach dem 20. Juni. „Kongreß der Werktätigen" zum Zweck des „Kampfes um die Arbeiter- und Bauern-Regierung" — das ist der Damm, den die KPD.-Parlamentarier schon am 12. Juni aufrichteten zur Sicherung der kleinbürgerlichen 15 Millionen-Front, d. h., um mit allen Kräften zu verhindern, daß die am 20. Juni so unerhört genarrten Proletariermassen (und vor allem die oppositionellen KPD.-Mitglieder) in kritischem Selbstdenken die revolutionären Lehren ziehen, — aus dem Volksentscheid-Schwindel — und damit aus der parlamentarischen Illusionspolitik überhaupt!

Zum andern besagt der bloße Name des von der KPD. propagierten und mittlerweile auch inszenierten Kongresses bereits genug. „Kongreß der Werktätigen" — das bedeutet, daß die KPD. darauf verzichtet hat, in der Oeffentlichkeit als die Partei der Arbeiterklasse, als der Vortrupp der proletarischen Revolution betrachtet zu werden. Denn nur eine Organisation, die ihren proletarisch-revolutionären Klassencharakter aufgegeben hat, kann sich wie die KPD. zum Fürsprecher der buntscheckigen Masse der „Werktätigen" machen. Die Terminologie des Vortrupps der proletarischen Revolution, also die Terminologie einer modernen kommunistischen Partei, sie lehnt die Phrase „Werktätige" ab, weil sie nur Klassen kennt, nur Besitzlose und Besitzende, Ausbeuter und Ausgebeutete, Kapitalisten und Lohnsklaven, Proletariat und Bourgeoisie.

Daß wir hier keine Wortklauberei treiben, sondern die KPD. in der Tat aller revolutionären Orientierung Valet gesagt hat, zeigt deutlich die Zusammensetzung des Werktätigen-Kongresses. Der vorbereitende Ausschuß (in dem neben den KPD.-Parlamentariern Vertreter der „Christlich-sozialen Reichspartei", des „Reichsbundes der Kleinbauern" und des „Bundes schaffender Landwirte" sitzen) räumt „allen Organisationen der werktätigen Bevölkerung" das Delegationsrecht ein und nennt u. a.: pazifistische und christlich-soziale Organisationen, Verbände und Vereinigungen der Handel- und Gewerbetreibenden, Aufwertungsverbände, bürgerliche Organisationen (Bauernbünde, bäuerliche Genossenschaften, Dorfgemeinden), Stadt-, Gemeinde- und Dorfverwaltungen etc. Die Interessenverbände der Kaufleute, Kleingewerbetreibenden, Hausbesitzer, kleinen Unternehmer, Bauern — kurzum alle Organisationen von „Werktätigen", darunter natürlich auch die kapitalistischen Stadt- und Gemeindeverwaltungen, betrachtet die „KPD. als Bundesgenossen der revolutionären Arbeiterschaft. Die Leninistenführer wollen damit einen großen Wurf tun: nämlich in mechanischer Uebertragung der Klassenverhältnisse des russischen Agrarstaates auf das industriell hochentwickelte Deutschland endlich ein Bündnis der Arbeitermassen, Bauern und Kleinbürger herstellen — und sie erreichen damit nur, daß in dieser (mit vollem Recht Kongreß der Merkwürdigen genannten) Versammlung von nichtproletarischen Schichten der revolutionäre Klassencharakter der Arbeiterschaft vollkommen verschwindet. Denn die Hegemonie, d. h. die heute geschichtlich notwendige Füherschaft des Proletariats im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft wird preisgegeben auf einem Kongreß, der ein Konglomerat von Industriearbeitern, Bauern, Mittelständlern und sonstigen Kleinbürgern darstellt. Andererseits wird der politische Kredit jener Werktätigen-Organisationen, die teils offen konterrevolutionär sind, teils zwischen Revolution und Konterrevolution wie Burians Esel zwischen zwei Heubündeln unschlüssig verharren, nur gestärkt, anstatt den kapitalsstützenden Einfluß dieser kleinbürgerlichen Verbände durch deren rücksichtslose Bekämpfung zu zerstören.

Der kunterbunten Zusammensetzung des „Kongresses der Werktätigen" entspricht auch sein „Programm". Das „Manifest", welches der unter Führung der KPD. stehende vorbereitende Ausschuß (hier wirklich „Ausschuß") herausgegeben hat, ist ein Sammelsurium typisch reformistischer und sogar reaktionärer Forderungen. Die kapitalistische Gesellschaft wird einfach als eine gegebene Tatsache hingenommen, denn kein Wort richtet sich gegen die bestehende bürgerliche Republik, sondern es wird nur darüber geklagt, daß die „schwarzweißroten" Faschisten sich in der November-Republik „einzurichten versuchen". Da die Interessenbünde der Bauern und Mittelständler von einem revolutionären Kampf gegen das System des Kapitalismus natürlich nichts wissen wollen, wird lediglich der Kampf gegen die „Sklavenmethoden" der kapitalistischen Rationalisierung (durch „Kontrolle der Stoppuhr und des laufenden Bandes") gefordert. In Konsequenz dieser loyalen Opposition gegenüber der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft läuft dann der „Kampf um die Herrschaft des Sozialismus" auf die scheinrevolutionäre Forderung hinaus: „Die Trusts, die Banken und der Großgrundbesitz in die Hände der Arbeitenden", d. h. der „Arbeiter- und Bauernregierung" („Rote Fahne" vom 10. 9. 26). Für einen solchen „Sozialismus", der nur die Zusammenballung der Produktionsmittel (also den kapitalistischen Konzentrationsprozeß) wieder rückgängig machen will, werden selbstverständlich auch die „Werktätigen-Verbände der Kleinbauern, Kaufleute kleinen Unternehmer und sonstiger Gewerbetreibenden kämpfen. Alle Hoffnung dieser bürgerlichen Mittelschichten ist ja gerade darauf gerichtet, den Riesentrusts, großen Banken, Großagrariern und dem Großhandel wieder die ökonomische Macht zu entreißen, — um selbst die alleinigen Nutznießer der Ausbeutung des Proletariats zu sein! Und für diese reaktionären (also konterrevolutionären) Interessen des Kleinbürgertums soll sich die Arbeiterschaft einsetzen, denn in der „Roten Fahne" vom 10. 9. 26 wird offen ausgesprochen, daß der Werktätigen-Kongreß „ihre" — d. h. der Bauern und Kleinbürger — **„besonderen Forderungen zu Losungen auch der Arbeiterklasse machen" müsse!** Das ist wohl deutlich genug. — Doch den wahren Charakter des Werktätigen-Kongresses beleuchtet noch greller Edwin Hoernle. Dieser KPD.-Parlamentarier stellt nämlich — um glauben zu machen, daß die Krise des Kapitalismus auch ohne seinen gewaltsamen Sturz, also auf friedlichem Wege zu überwinden ist — in der „Roten Fahne" vom 11. 9. 26 dem „Parlament des Arbeitsvolkes" folgende Hauptaufgabe:

„Der Kongreß wird Mittel und Wege suchen, um dem wachsenden Elend unter den arbeitenden Schichten **einen Riegel vorzuschieben** und um die Herrschenden zu zwingen, der Stimme des Arbeitsmannes **Gehör zu geben** oder abzutreten".

Das ist das offene Eingeständnis, daß die KPD. mit dem Werktätigen-Kongreß nur bezweckt, neue reformistische Illusionen in den Köpfen der Proletarier zu erzeugen, um sie vom revolutionären Klassenkampfe für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft abzulenken. **Doch dies ist eben die Logik der leninistischen Einheitsfronttaktik: um sich in den bürgerlichen Mittelschichten eine breite Plattform für ihre parlamentarische Illusionspolitik zu schaffen, muß die KPD. den Kampf um die kommunistischen Interessen des Proletariats immer mehr preisgeben zugunsten eines Kampfes um die utopischen Forderungen kleinbürgerlicher Massen!**

Es gehört wirklich keine Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß auf dem „Kongreß der Werktätigen", diesem **Parlament der Kleinbürger,** eine schöpferische Diskussion über die Lebensnotwendigkeiten des proletarischen Befreiungskampfes völlig unmöglich ist. Jeder Versuch, die auf der Tagesordnung stehenden wirtschaftlichen und politischen Fragen im revolutionären Sinne, d. h. vom Standpunkte der proletarischen Klasseninteressen aus zu beantworten, muß unweigerlich zur Sprengung dieses Kongresses führen. Die „Einheitsfront aller Werktätigen" muß sofort wie ein Kartenhaus zusammenbrechen, wenn in irgendeiner Frage die klassenbewußten Arbeiter eine revolutionäre Stellung einnehmen. Denn wenn die Proletarier das Werk ihrer Klassenbefreiung praktisch in Angriff nehmen wollen, wenn sie den revolutionären Machtkampf gegen das kapitalistische System, gegen die Privateigentumswirtschaft der Bourgeoisie auf die Tagesordnung setzen, — dann stehen sie allein da, dann ist von dem ganzen Schwarm der privateigentumshungrigen Bauern und Mittelständler kein Schwanz mehr zu sehen. Die von der KPD. geführte „Einheitsfront aller Werktätigen" kann nur bestehen auf dem sumpfigen Boden reformistischer Illusionen, sie hat zur Voraussetzung den Verzicht der Arbeiterschaft auf den Kampf um ihre geschichtlichen Klassenziele — sie ist deshalb nichts anderes als **ein Damm gegen die proletarische Revolution!** Die Erfüllung der revolutionären Aufgaben des Proletariats, sie ist nur möglich, wenn es als selbständige Klasse auftritt und den entwurzelten bürgerlichen Mittelschichten keinen Platz in der Führung seines Befreiungskampfes einräumt.

Im Kampf gegen den Werktätigenkongreß-Schwindel der KPD., gegen die gewerkschaftliche Konterrevolution, gegen den parlamentarischen Massenbetrug der sozialdemokratischen und leninistischen Instanzen, gegen alle reformistischen Bollwerke des Kapitalismus gilt es darum die Voraussetzungen zu

*) Siehe auch „KAZ." Nr. 86.

Große Büchermesse!

Gute sehr billige Bücher

weit unter Preis für jeden Arbeiter

n der Zeit vom Montag, den 8. November bis Sonnabend, den 20. November in der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, SO 36, Lausitzer Platz 13. — Einheitspreise: 10 Pfg., 25 Pfg., 50 Pfg. und 1 Mark.

Mengenabgabe vorbehalten

Sehr günstige Gelegenheit!

Pressesumpf

Nach Amerika ist man in Deutschland auch dazu übergegangen, sogenannte „Magazine" herauszugeben, die ein besonderes Kapitel des bürgerlichen Pressesumpfs darstellen. Vor dem Kriege kannte man derartige Literaturerzeugnisse nicht, die letzten Endes sich in sexuellen Schlüpfrigkeiten überbieten. Warum sind solche „Magazine" da? Wenn sie auch einen gewissen Vorteil gegenüber anderer erotischer Literatur besitzen, so sind sie doch eine Spekulation auf die Wichtigkeit des Sexuellen im Leben. Die Magazine — sollen sie heißen „Berliner Leben", „Die Ohne", „Der Uhu", „Der Junggeselle" oder anderswie, sind Versuche, möglichst viel Erotik und Sensation zusammenzutragen, und der Unterschied besteht darin, daß die eine mehr Erotik und weniger Sensation, die andere mehr Sensation und weniger Erotik bringt.

Wir haben vor uns eine Nummer des „Magapin". Eine kleine Statistik ergibt, daß über 30 Bilder Damen im tiefen Dekolleté (oder ganz ohne Kleider) zeigen. Den Inhalt dieses Kulturdokuments charakterisieren folgende Gesprächsthemen der guten Gesellschaft: „Nackt — die große Mode", „Die schönsten Hotels der Welt", „Aus den Pariser Salons", „Die Revue", „Menschenfleisch", „Kleine Füße", „Der Keuschheitsgürtel". Was die Bilder betrifft, so können wegen ihrer besonderen Geschmacklosigkeit folgende genannt werden. Da befindet sich z. B ein Bild, wie der artistische Manager eines Londoner Revuetheaters von den Chormädchen die „für Nacktsachen geeigneten" auswählt. Ein anderes Bild zeigt wie ein javanischer Meisterschwimmer ein weißes Mädchen unterrichtet. Ja, es sind sogar in der Epoche des Imperialismus Momente, wo die Neger der weißen Rasse nahekommen. Kleinere Geschmacklosigkeiten gibt es massenhaft. Daß „Frau Amanda Groot, frühere Bezirkshebamme" ihre hygienischen Artikel auch mit Zeichnungen annonciert, ist in einem derartigen „Weltblatt" fast selbstverständlich.

Textproben starren vor Blödsinn. Ueber die „Revuen" ist am Schluß folgendes gesagt: „Der Anblick schöner und wenig bekleideter Frauen hat anfänglich etwas bestechendes . . . . Doch wird der Revuebesucher wieder seine Gemahlin nach dem Motto ansehen: Die Taube in der Hand ist mir lieber, als ein nasser Regenschirm im Bett. Er wird sich nach diesem Wahlspruch richten und — — eventuell seiner gesetzmäßigen Gattin trotz Revue treu bleiben." Ein einziger, tatsächlich unterrichtender, belehrender Artikel ist in diesem Magazin nicht, alles ist hohl, oberflächlich, sensationell im ärgsten Sinne des Wortes. Das scheint eine Wirkung des englisch-amerikanischen Einflusses zu sein, mit der vollständigen Verbannung des sozialen Problems von der Bildfläche, mit Verleugnung des Existierens eines Proletariats, die Auflösung der Oberklasse in ein Genießertum. Jedoch können solche Wellen der „Pazifistischen Erotik" nur eine gewisse Zeitlang mit ihrem Schmutz die Gesellschaft beeinflussen (leider kaufen Proletarier noch solche Schunderzeugnisse), bis die ökonomische Notwendigkeit die Probleme der Arbeit wieder aufwirft und dem Genießertum so restlos den Garaus macht — daß kein Papier mehr für ähnliche Presseprodukte übrig bleibt. —

Larissa Reißner, eine russische Journalistin (vor kurzem gestorben) hat Deutschland bereist und ihre Eindrücke über die bürgerliche Presse insbesondere, den Verlag Ullstein, niedergeschrieben. Der „Neue deutsche Verlag" hat nun diese Eindrücke in einem beachtenswerten Büchlein „Im Lande Hindenburgs" herausgegeben. Wir entnehmen daraus nachstehende Schilderung.

. . . Mittags begibt sich die jüngste Tochter des alten Ullsteins (die „B. Z. am Mittag") auf die Straße. Diese Zeitung ist eine Eidechse, eine Fliege, ein aufdringliches, flinkes und jedermann zugängliches Geschöpf. Man kann sie fast umsonst haben. Sie besitzt keine eigenen Meinungen, überhaupt kein individuelles Gesicht. Es ist eine kleine Pfütze, in der sich die ganze Welt spiegelt. Ihre Sprache ist sehr verständlich, kurz und primitiv, — in zwei Minuten kann man alles erfahren, was die große Presse heute denkt und sagt. Man braucht diese Nachrichten überhaupt nicht zu kauen: sie sind schon durchgekaut, mit der erforderlichen Portion Speichel versehen — restlos verdaulich. Man braucht nur zu schlucken, und man ist informiert. Der Mensch, der zum Denken keine Zeit hat, und sich die Nachrichten nicht selbst zusammensuchen will, kann diesen minderwertigen Vermittler, dies Echo der Großstädte, dieses Straßengrammophon nicht mehr vermissen.

Die Geburtsstätte der „B. Z." ist das Abflußrohr aller Zeitungen, und sie lebt nur eine halbe Stunde. Man erwartet ihr Erscheinen mit nervöser Gier. Millionen Menschen sehen auf die Uhr und warten auf das Rendezvous mit der „B. Z." Aber keine Zeitung wird so schnell vergessen, so verächtlich fortgeworfen, in Autobussen, Straßenbahn und Cafés liegen gelassen. Und jeden Tag ersteht die Straßenaphrodite von neuem — aus dem Abschaum der Meinungen, um sich Millionen in die Arme zu werfen.

12 Uhr 10. Die Börse notiert die ersten Kurse.
12 Uhr 12. Das letzte Telegramm in die Setzerei geschickt
12 Uhr 15. Die Redaktion nimmt kein Material mehr an.
12 Uhr 16. Die Rotationsmaschine legt ihren funkelnden Matrizenpanzer an.
12 Uhr 17. Der diensttuende Mechaniker schaltet den Strom ein. Die größten Rotationsmaschinen des Kontingents beginnen ihre Arbeit.

Ein Flut von Seiten und Spalten. In diesem Strom ist das Wort nur ein Bazillus. Die ersten gefalteten Nummern kommen zum Vorschein. Schon laufen sie in die Welt, jedes Blatt findet irgend einen Leser, jede Ladung ist für irgend jemanden bestimmt. Die Attacke ist in vollem Gange, ungeheure Bündel von Papier, gigantische Lügenkokons gebären Millionen Eintagsfliegen.

Diese Pressefabrik ist wie eine Festung. Ihre tiefen Höfe gleichen Gefängnishöfen. Granitberge isolieren sie von der Stadt. Eine Festung muß für den Fall einer Belagerung mit Wasser und Brot versorgt sein. Ullstein besitzt eine von der Stadt unabhängige Kraftquelle, die groß genug ist, seine belagerten Maschinen acht Tage lang mit Elektrizität zu versorgen. Man kann nie wissen: Streik oder Aufstand. Die gepanzerten Türme werden fest verriegelt, und drei Minuten nach dem Alarmsignal schickt das Kraftwerk tausende Streikbrecher-Pferdekräfte zu den Maschinen.

Kein einziger Angestellter kann unbemerkt heraus oder herein. Die Portiers sind auf Menschen und Sachen dressiert. Aber 12 Uhr 18 Minuten, also acht Minuten nach der Abnahme der letzten dringenden Depesche, öffnen sich alle Türen und Tore. Die Zeitungsfabrik schickt ihre Produktion auf die Straße. Breite Rohre spucken Zeitungsbündel direkt auf die Lastwagen. Motorräder zittern ungeduldig, Radfahrer halten ihre offenen Säcke hin, Boten, die die Zeitungsladungen nach dem Bahnhof und in die Provinz begleiten, brechen ihr Frühstück ab. Des Sonnabends werden 4000 Zenter verladen — zwanzig Postzüge allein für die Mittagszeitung. Rechnet man alle Verlagswerke von Ullstein zusammen, so macht das 75 Postwaggons. Und die ganze Menge muß in 45 Minuten verladen sein.

Die Zeitung überholt die Zeit. Die Zeitung überholt den Uhrzeiger. Der Mensch schläft die Hälfte seines Lebens. Er stiehlt sich selbst die Nachtstunden. Die Zeitung hat den Höchstrekord geschlagen und stößt nun auf ein unüberwindliches Hindernis: es sind Barrikaden aus schlafenden Menschen. Aber in den Großstädten, auf dem blanken Asphalt ist alles relativ. Mag die Morgenröte ihre Beine in einen Pyjama stecken — die Umhüllung von kräuselnden Morgenwolken ist unmodern. Europa ist wie Grönland, wie das Polarmeer. Der elektrische Tag dauert 24 Stunden.

Halbsechs Uhr morgens eilen die Zeitungsverkäufer davon und „machen" den Morgen. Die Provinzausgabe der „Vossischen Zeitung" ohne die letzten Telegramme wird nachts gedruckt und versandt; in Berlin wird sie schon abends 8 Uhr 40 Minuten verkauft, ein Stück Morgen, ein Stück von der Zukunft mit den Ergebnissen der letzten Fußballkämpfe, mit den Familiennamen der Verunglückten und unter das Auto Geratenen, mit den englischen Parlamentsdebatten — alles für fünfzehn Pfennige!

Ullstein ist eine jener Großmächte, die jede in das menschliche Bewußtsein importierte Banalität mit Zöllen belegt. Das Ullstein-Haus ist ein Hafenplatz, ein Grenzpunkt, an dem Riesenladungen von Phrasen ausgeladen werden, von Redensarten, die wie Gummisohlen am Bewußtsein kleben, von Witzen, die flach wie ein Plattfuß sind, von stinkenden Anekdoten und neu frisierten politischen Parolen.

schaften für einen Kongreß, der zwar nicht der Ausdruck einer „Einheitsfront aller Werktätigen" ist, aber statt dessen dem Proletariat auch den revolutionären Weg zu seiner Befreiung weist!

Aus der Bewegung

Spartakus Nr. II †

Eine verhinderte Sklavenbefreiung.

Es war in letzter Zeit jedem, der sich seinen gesunden Sinn für die Aufgaben der revolutionären Arbeiterbewegung bewahren konnte, klar, daß Spartakus Nr. II die blühende Schwindsucht hat. Das „Kind mit hohlem Kürbiskopf, hellblondem Schnurrbart, greisem Zopf" — es konnte sich nicht in der heutigen Welt zurechtfinden.

Wir haben trotz der gegen uns entfachten gemeingefährlichen Hetze, die von einem Teil der Inhaber dieses Ladens gegen uns geführt wurde, unsere Pflicht getan und immer wieder gezeibelt, daß hier mit den Interessen des revolutionären Proletariats ein frivoles Spiel getrieben wird, weil eine Einheit vorgespiegelt ward — um die Arbeiter zu fangen — die gar nicht besteht. Wir haben nicht aufgehört, darauf hinzuweisen, daß nicht die organisatorische Zerrissenheit das Uebel an sich ist, sondern die Tatsache, daß das Proletariat die Ursachen dieser Zerrissenheit nicht zu erkennen vermag, daß diese organisatorische Zerrissenheit in dem Moment überwunden sein wird, wo es gelingt, dem Proletariat die Bedingungen seines Kampfes zum Bewußtsein zu bringen, und der Hebel anzusetzen sei durch die ideologische Klärung der nach Klarheit ringenden Arbeiter. Wie recht wir hatten, davon zeugt eine Entschließung des Beirats des „Industrieverbandes für das Verkehrszeweerbe", die in Nr. 23 der „Verkehrszeitung" veröffentlicht ist und die besagt:

„Der JidV. hat alles versucht, um der revolutionären Einheitsfront näher zu kommen. Ein Versuch von größter Bedeutung war die Schaffung des Spartakusbundes linkskommunistischer Organisationen mit der AAUE. und der KPD.-Opposition. **Leider scheiterte dieser Versuch bereits in seinen Anfängen.** Der bei der AAUE. und der KPD.-Opposition vorausgesetzte **gute Wille** zur Schaffung eines revolutionären Blockes **hat sich als trügerisch erwiesen.** Die von uns für selbstverständlich gehaltene und **in einem besonderen Vertrag gegenseitig zugesicherte Loyalität ist von der AAUE. und der KPD.-Opposition gebrochen worden.** Wollte bei der Aufstellung des Programms des Spartakusbundes linkskommunistischer Organisationen **der Vertreter der KPD.-Opposition trotz unseres Widerspruches noch die Formulierung wissen: revolutionäre Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften,** so ist unterdessen von der KPD.-Opposition eine sich in naiven, utopistischen Ansichten überschlagende Linie beschritten worden.

In neuester Zeit sind AAUE. und KPD.-Opposition dazu übergegangen, **unter Bruch des Spartakusprogrammes** eine **Verschmelzung** der beiden Organisationen auf dem Boden der AAUE. unter **Mißbrauch** des Namens Spartakusbund herbeizuführen. Besonders die KPD.-Opposition befindet sich in einem beängstigenden Tempo dieser Entwicklung. Eine derartige Entwicklung ist aber nicht geeignet, die Front des revolutionären Proletariats zu erweitern und zu festigen. Sie ist vielmehr geeignet, sie zu zerstören. Durch diese Entwicklung hat die KPD.-Opposition jeden Zusammenhang mit den oppositionellen KPD.-Genossen verloren, die gerade jetzt eine entschiedene Information und Führung benötigen. Sie trifft die historische Schuld, die Linksentwicklung in der KPD. in schwerster Weise gehemmt und die revolutionäre Entwicklung geschädigt zu haben.

Der JidV. betrachtete den Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen als ein revolutionäres Kampfkartell, als einen Block revolutionärer Proletarier, getragen von dem Willen der Mitgliedschaften. **Er weist deshalb die Treiberei einzelner Führer, die die Arbeiterbewegung dazu benutzen, sich die Massen unterzuordnen,** zurück, und steht nach wie vor auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder. Die im JidV. organisierten Arbeiter sind nicht gewillt, sich zu Experimenten irgendwelcher Führerkliquen mißbrauchen zu lassen.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen tritt der JidV. vom Kartellvertrag zurück. Damit erlischen gleichzeitig evtl. bestehende und örtliche Kartellerungen. Der Beirat des JidV. spricht die Hoffnung aus, daß die Entwicklung trotzdem alle revolutionären Organisationen zu einem Kampfblock zusammenführen wird.

Der Beirat des JidV. stellt fest, daß der Versuch, einen revolutionären Kampfblock zu schaffen, als gescheitert betrachtet werden muß. Die abwartende, passive Haltung des Bekleidungs-Industrieverbandes, des Industrieverbandes für das Baugewerbe und des Deutschen Industrieverbandes haben wesentlich zu diesem Resultat beigetragen.

Der Vorstand des JidV. wird beauftragt, von neuem mit den bestehenden revolutionären Industrieorganisationen in nähere Fühlung zu treten. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Organisationen mit gleicher Tendenz nebeneinander, ja sogar gegeneinander arbeiten. Der Vorstand des JidV. hat alle Möglichkeiten zu erwägen und auszunutzen, um die gleichgerichteten Kräfte zu verbinden. Gerade in der jetzigen Situation ist die Schaffung einer starken revolutionären Front notwendig. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit den revolutionären Organisationen des Auslandes unbedingt anzustreben."

Wir können nicht umhin, die Frage aufzuwerfen, ob denn dem JidV. bei Schaffung dieses Spartakuskartells nie der Gedanke gekommen ist, daß eine künstliche Zusammenkleisterung von entgegenstehenden Grundsätzen — wenn man sie so nenne will — eine „Einheitsfront" ist. Dies kann man doch nur den Arbeitern als solche aufschwätzen, die den inneren Widerspruch nicht durchschauen. Wenn dem so ist, daß demnach Grundsätze keine Rolle spielen, und der „gute Wille" und ein „Vertrag" genügt, die „Einheitsfront" zu schaffen, so zeugt dies von einer Naivität, die jeder Kritik spottet. Die „naive utopistische Linie", die die KPD.-Opposition beschritten hat, war doch schon von vornherein durch die AAUE. vertreten! Der JidV. hätte sicherlich nichts dagegen gehabt, wenn Katz sich im anderen Sinne entwickelt hätte. Es ist also nicht abzuweisen, daß der JidV. die Utopisten der AAU.-E. von vornherein als Kontrahenten mit in den Kauf nahm, nur weil er dadurch glaubte, einen Fang in der KPD.-Opposition machen zu können. Wer aber andern eine Grube zu graben suchte, und selbst hineingefallen ist, sollte nicht auf die Illoyalität des anderen schimpfen.

Er kann damit nicht glaubwürdig machen, daß auch er als Kontrahent des „Spartakusbundes" eine Tradition mißbrauchen half für eine mindestens recht faule Sache. Das Fiasko dieses „Spartakusbundes" kann doch nicht mit der Schlechtigkeit von Personen erklärt werden! Diese Ansicht bestätigt nur die vollkommene Unfähigkeit, die Aufgaben der revolutionären Arbeiterbewegung zu begreifen.

Zu dieser Unfähigkeit tritt bei den anderen Kontrahenten allerdings dann noch die Skrupellosigkeit abgetakelter Politikanten. Wir erinnern nur an die widerliche Hetze gegen die KAPD. durch Plempfert und Katz. Wir können im einzelnen nachweisen, daß alle gegen uns gerichteten Verleumdungen erstunken und erlogen sind, und daß auf sachliche Kritik unsererseits von neuem mit der Dreckschleuder geantwortet wurde. Auf derselben Linie liegen die von Plempfert und Katz fabrizierten Kriegsberichte und die üblen Anreißermanieren in seiner „Aktion", in der er auf einem den Gipfel der Geschmacklosigkeit darstellenden Titelblatt den faulenden Leichnam des Spartakus Nr. II als den Himmel darstellt, in den sich die Massen drängen. Daß er, der in allen Sätteln gerecht werdende Franz den proletarischen Messias dabei mimt, ist ganz selbstverständlich.

Die KAPD. und AAU. werden auch fernerhin an der ideologischen Klärung der Massen arbeiten trotz der Politikanten, die dieser Klärung im Wege stehen. Wir müssen allerdings betonen, daß die Klasseneinheit nur nützlich auf dem Boden der wahrhaftesten Klassensolidarität über die Berufe hinaus, und auch hinaus über die „Industrieverbände", deren Bestehen allein nicht zu überwinden vermögen, die durch ihre Betriebsräte-praxis, durch ihre Tarifpolitik, durch ihre Unfähigkeit, auf die Fragen des Parlamentarismus eine Antwort zu geben, beweisen, daß sie sich von den Gewerkschaften nur dadurch unterscheiden, daß sich ihre „Führer" für bravere Menschen halten. Wir haben erleben müssen, daß gerade jene „Führer", die aus irgend einem Grunde den Anschluß an die alten Gewerkschaften und die parlamentarischen Parteien verloren haben, sich gegen eine wirkliche Klärung sträuben mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig wäre. Daher kommt es auch, daß von den sogenannten „selbständigen Verbänden" noch jeder seinen eigenen Laden hat. Darum wird es an den Arbeitern der „selbständigen Verbände" liegen, zu dem Programm der AAU. Stellung zu nehmen, und die Debatte von unten her aufzurollen. Vielleicht sehen auch die vernünftigen Proleten der AAU.-E. ein, daß es Unsinn ist, die KAPD. zu bekämpfen, die gerade in dieser Situation, wie sie in der Praxis stets bewiesen hat, daß sie auch den Standpunkt der Proletarier in der AAU.-E. vertritt, und mit ihnen gemeinsam kämpfe, gegen ihre „antiautoritären" Bonzen, und lassen die Plempfert-Katz in ihrem Ringkampf um die letzte Wurst — der wird nicht lange auf sich warten lassen — hübsch unter sich.

KAPD. und DJV.

Keine Verleumdungen — wo es um die Sache geht!

Der DJV. (Weyer-Richtung) veranstaltete kürzlich in Berlin einige öffentliche Versammlungen. Nach diesen Versammlungen wurde uns von den Genossen im Reich berichtet, daß von den „Spitzen" anscheinend ein Bericht gegen die KAPD und AAU. ins Reich lanciert wurde, der alles andere als die Wahrheit ist. Wir bemerken dazu: Die Versammlungen hätten zum größten Teil überhaupt nicht stattfinden können, wenn die Genossen der KAPD. und AAU. nicht anwesend gewesen wären! In einer Versammlung in den Andreas-Festsälen waren — das zeigte eine Abstimmung — ganze 15 Stimmen für den DJV., im ganzen waren ca. 50 Personen anwesend. Aehnlich lagen die Dinge in der Chausseestraße. In den „Andreas-Festsälen" kam nach einem höchst oberflächlichen Referat von Rieß prompt ein Antrag auf 10 Minuten Redezeit. Nach Ablehnung dieses Antrages sprachen sofort nach dem Referenten noch zwei Referenten, so daß sich die Versammlung über drei Stunden diese monotonen Wiederholungen anhören mußte. Riehl bewies, daß er ein alter, braver Gewerkschaftler ist, der sich über die Union ein Urteil erlaubt, deren Programm er nicht begreifen kann. So war seine Polemik eine einzige Kinderei. — Unsere Genossen sprachen natürlich in der Diskussion. Auf den Vorwurf, daß die AAU. auf die Revolution warte und auf dem Boden der „Verelendungstheorie" stünde, antworteten sie, daß die Tatsachen das Gegenteil beweisen. Der DJV. blieb passiv anläßlich des Volksentscheids, — weil er es nicht für notwendig hält, zur Frage des Parlamentarismus Stellung zu nehmen! Bei den Sachsenwahlen duldet der DJV., daß die Fürstenknechte Böttcher und Heckert das Proletariat einem neuen 1923 entgegenführen, und nimmt nicht für den Parlamentarismus und für eine parlamentarische Partei Stellung, aber auch nicht gegen! Er überläßt den Kampf gegen die parlamentarische Seuche der KAPD. und AAU. — und erdreistet sich, diesen Passivität vorzuwerfen. Der Schwindel der Arbeiterdelegationen, die ihre Hauptaufgabe in der Propaganda der „Gewerkschaftseinheit" sehen, ist für den DJV. kein Anlaß, gegen diesen Arbeiterverrat anzukämpfen, weil dadurch notwendig würde, die Frage „Rußland" in den eigenen Reihen zur Debatte zu stellen! Der DJV. ist für Betriebsräte, für „kurzfristige Tarifverträge": Er ist in so viel „Sektionen" gegliedert, wie es Berufe gibt. Unsere Genossen wiesen nach, daß es nicht darauf ankommt, einen neuen „Laden" aufzumachen, sondern zu den Fragen der proletarischen Revolution Stellung zu nehmen. Eine Organisation, wie der DJV. — der noch nicht einmal mit den anderen „selbständigen Verbänden" eine organisatorische Einheit bilden kann, und der sich von den Gewerkschaften nur in der Phrase unterscheidet, dient nicht der Revolution, sondern den Führerinteressen. Davon zeugt auch, daß Weyer einer Versitzender und Redakteur in einer Person ist! — Unsere Genossen forderten die Arbeiter im DJV. auf, die Fragen des Klassenkampfes im Interesse der proletarischen Aktion aufzurollen, dann wäre der Weg zur Einheit beschritten, der der Weg zur Klasseneinheit der AAU. sein müßte.

Diese rein sachlichen Ausführungen waren die Antwort auf direkte Provokationen eines DJV.-Mitgliedes, das ohne jeden Grund von „bezahlten Elementen" schwätzte, und damit natürlich einen Sturm der Entrüstung hervorrief, noch bevor jeder überhaupt ein Genosse der AAU. sprach! In einer Versammlung — in den Andreas-Festsälen — provozierten die Fichtemänner, ohne daß die DJV.-Anhänger dagegen einschritten, sondern sie hielten diese für — AAU.-Leute und blieben passiv. Vielleicht war es Rieß auch ganz angenehm, weil er die sachlichen Ausführungen der AAU.-Genossen dadurch nicht widerlegen brauchte, was ihm auch niemals gelingen würde. In einer darauffolgenden Versammlung log Weyer frech, die AAU.-Genossen hätten sich mit Bierseidel geschlagen. Er mußte auf den energischen Protest unserer Genossen diese provokatorische Lüge zurücknehmen! Darauf wurde wohl der entsprechende Bericht ins Reich gesandt — weil die Arbeiter mit Interesse die Ausführungen der AAU.-Genossen verfolgten.

Wir raten den Arbeitern der DJV. nochmals: Laßt Euch auf keine Märchenerzählungen ein. Es kommt auf die Sache an! — Wir mußten allerdings feststellen, daß gerade die Sachlichkeit unserer Genossen den Weyer und Rieß am stärksten auf die Nerven gefallen ist. Doch das ist nicht unsere Schuld, — und das wird bestimmt auch kein ehrlicher Arbeiter im DJV. übel nehmen.

Kongreß der Werktätigen

Und die Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Die KAJ. übersendet uns folgenden Aufsatz:

Endlich, nach langer Zeit, ruft die KPD. diesen Merkwürdigen-Kongreß ein. zum 3., 4. und 5. Dezember selbstverständlich noch in diesem Jahre. Nach dem kläglichen Fiasko des republikanisch-demokratischen „Volksentscheid"-Schwindes sollte dieser Kongreß den bürgerlichen Parlamenten gedeln. Und Kampfmaßnahmen (huhu!) beschließen, die den Bestenraub doch noch verteilen sollten. Doch die Massen waren schwer enttäuscht. Die starke Einheitsfront der 15 Millionen Stimmzettel-Abgeber zerstob in alle Winde. Wenn auch damit die Fragen „Kampf gegen kapitalistische Rationalisierung und Erwerbslosigkeit verbunden wurden, mußte die Kongreßeinberufung immer wieder hinausgezögert werden. Bis jetzt durch den Zollernvergleich die Massen wieder etwas in Bewegung gerieten.

Welche Haltung hat nun die arbeitende Jugend zu diesem Werktätigen-Kongreß einzunehmen? Gerade wir Jungarbeiter sind den Willkürakten der kapitalistischen Rationalisierung ausgesetzt. Rücksichtslos werden gerade wir jugendlichen Arbeiter als Arbeitstiere im übelsten Sinne des Wortes eingespannt, unter erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Und dennoch liegen große Massen jugendlicher Arbeiter auf dem Straßenpflaster, die auch hier wieder die „Segnungen" der bürgerlichen Sozialpolitik am deutlichsten am eigenen Leibe verspüren. Ja, riesenhaft haben die Trustgewaltigen Elend und Jammer besonders für die Jugend des Proletariats aufgetürmt, um trotz der kapitalistischen Endkrise Profit zu ernten und sich im üppigen Reichtum zu ergötzen. Fürwahr: genug des grausamen Spiels hat die Arbeiterjugend erdulden müssen. Sie darf es nicht länger erdulden, sie muß die schlafmützige Passivität über Bord werfen und mutig entschlossen den Kampf gegen die Verelendung gemeinsam mit der klassenbewußten Arbeiterschaft aufnehmen. Aber, Jugendgenossen, meint ihr, daß dieser Kampf darin besteht, Vertreter mit einem Wunschzettel wunderschöner Forderungen zu einem Kongreß zu schicken, die dieser dann nach vielen Reden annimmt und sie den Gewerkschaften zu Füßen legt, nach dem bekannten Rezept: „Der ADGB. muß!"

Das wird kein ehrlicher Jungarbeiter meinen. Jeder, der will, wird sehen, daß dieser „Kampf" um reformistische Phantasien das Proletariat über wiederholte Niederlagen und Enttäuschungen in die jetzige jämmerliche Hilflosigkeit hineingeführt hat, in der es sich heute zum großen Teile gar nicht mehr zu rühren wagt. Schluß mit diesem Selbstbetrug, muß es jetzt heißen. Aber ist dieser Kongreß der Werktätigen nicht eine Neuauflage der Jagd nach dem Phantom? Ja, hier werden nicht nur die Illusionen der Arbeiter vom Kampf um Achtstundentag, höhere Löhne und Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß zu neuem Leben erweckt, sondern hier wird übelste Rechnungsträgerei an die reaktionären Utopien der Kleinbürger und Kleinbauern betrieben. Eingeladen sind darum sozialdemokratische, pazifistische und christlich-soziale Organisationen; ferner neben Verbänden der Handel- und Gewerbetreibenden, den Mieter-, Spar- und Aufwertungsverbänden, den Kultur- und Sportverbänden, Rentner-, Kriegsopfer- pp. und bäuerlichen Organisationen auch Stadt-, Gemeinde- und Dorfverwaltungen. Bei den Staatsverwaltungen ist die Einladung wohl vorläufig noch zwecklos, sie wäre sonst sicherlich erfolgt. Das Ganze nennt sich dann „Parlament der Arbeit!"

Die proletarische Jugend kann keinen Anteil nehmen an diesem typischen Stelldichein wildgewordener Kleinbürger. Sie muß diese hübsch unter sich lassen und endlich mit dem erwachsenen Proletariat zu wirklichen Kampfmaßnahmen übergehen. Zersplitterte Streiks müssen zusammenbrechen, jeder wirtschaftliche Kampf erhält sofort einen politischen Charakter, er wird ein Machtkampf zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse, bei dem die Gewerkschaften und Sozialdemokraten als willfährige Lakaien auf der Seite des Klassenfeindes stehen. Das beste Beispiel ist der Hamburger Hafenarbeiterstreik. Entweder siegt die Bourgeoisie mit ihren Trabanten — oder das Proletariat. Wenn das Proletariat siegen will, muß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen und einheitlich geführt werden. Nicht von den Gewerkschaften mit ihren gesetzlichen Betriebsräten, sondern von den revolutionären Räten.

Der „Werktätigen"-Kongreß ist die Fortsetzung des demokratischen Schwindels. Darum müssen die Jungarbeiter in allen Betriebs- und Erwerbslosenversammlungen, in den Konferenzen der arbeitenden Jugend sich gegen dieses kleinbürgerliche Ablenkungsmanöver wenden. Nicht fromme Wünsche befreien das Proletariat vom kapitalistischen Joch, nur der revolutionäre Klassenkampf. Wollen die Jungarbeiter sich gemeinsam mit den erwachsenen Arbeitern befreien, — dann müssen sie kämpfen für die politische und wirtschaftliche Herrschaft der Arbeiterklasse. Nur dann, wenn sie kämpfen wollen, können revolutionäre Räte ihre antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Kampforgane sein.

Dann wird auch ein Kongreß der revolutionären Räte eine Kampfansage an die bankrotte kapitalistische Gesellschaftsordnung sein. Arbeiten wir, vereint zur Kommunistischen Arbeiter-Jugend, unermüdlich darauf hin: stärken wir die proletarische Klassenkampforganisation, die Allgemeine Arbeiter-Union. Und es müßte mit dem Teufel und seiner Großmutter zugehen, wenn wir es trotz alledem nicht doch endlich schaffen sollten.

Proletarisches Notizbuch

Dem Verräter sein Lohn! In Oxford wurde dem bekannten Arbeiterführer Thomas die Würde eines Ehrendoktors des Zivilrechts verliehen.

Russisch-türkische Konferenz. WTB. Moskau, 10. Nov. Tschitscherin ist heute nach Odessa abgereist, um dort mit dem türkischen Minister des Aeußern, Ruschdy Bey, zusammenzutreffen, der mit dem türkischen Kriegsschiff Hamidie in Odessa eintreffen wird. Mit dem gleichen Zuge reiste auch der türkische Gesandte in Moskau, Sekjai Bey, nach Odessa ab.

In Tours kam es anläßlich einer kommunistischen Demonstration zur Feier des Jahrestages der Oktoberrevolution zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor. Eine Reihe von Verhaftungen wurden vorgenommen.

Verhaftungen in Prag. Nach Privatmeldungen wurden in Prag zahlreiche Kommunisten mit der Anschuldigung der Spionage zugunsten der Sowjetunion verhaftet.

Weiteres Steigen der Lebenshaltungskosten! WTB. Berlin, 11. November. Die auf den Stichtag des 10. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 3. November um 1,1 Prozent auf 133,0 gestiegen.

Die Komödie von Landsberg ist beendet. Klapproth wurde wegen Körperverletzung „mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung" zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. **Die Angeklagten Schulz und Haya wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Haftbefehl gegen Schulz wird aufgehoben.**

Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Union Groß-Berlin.

Am Dienstag, den 16. November, abends 7,30 Uhr: gemeinsame Sitzung der 22er Kommission und des Berliner Arbeitsausschuß im Lokal König, O 17, Langestraße 53.

5. Unterbezirk. Alle Genossen der AAU. und KAP. treffen sich am Dienstag, den 15. November, abends 8 Uhr, im Lokal Graudenzerstr. 3. — Erscheinen ist Pflicht.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sefa, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isadowitz, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 91

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

November 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Das Rußlandkomitee gegen die Wahrheit über Rußland

Berlin, 4. 11. 26.

An die
Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands,
Berlin.
Lausitzer Platz 13.

Werte Genossen!

Durch Euren Brief vom 30. 10. erhalten wir zum ersten Male Kenntnis davon, daß in einer Charlottenburger Versammlung der Vorschlag gemacht wurde, 3 Genossen der KAP. nach Rußland zu delegieren. Wir teilen Euch daraufhin mit, daß unserer Auffassung nach eine solche Delegation nur dann in Frage kommen kann, wenn die betreffenden Genossen von ihrem Betrieb, in dem sie beschäftigt sind, in einer ordnungsmäßig einberufenen Betriebsversammlung gewählt werden. Da in den Wintermonaten wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten eine Delegation nicht in Frage kommt, können wir Euch im Augenblick keine bestimmte Zusage machen. Wir raten Euch aber, bei der eventuellen Organisierung einer 3. deutschen Arbeiterdelegation im nächsten Frühjahr Euch entsprechend zu beteiligen.

Mit proletarischem Gruß
Hans Beck,
Rußlandkomitee.

Nachdem dann unsere Genossen diese unverfrorene Heuchelei festnagelten, erschien in der „Roten Fahne" vom 13. November folgender Aufschrei:

„Ein Schwindel der KAPD.

Wie uns berichtet wird, treten in öffentlichen Versammlungen Redner der KAPD. auf mit der Erklärung, daß eine von ihnen ordnungsgemäß gewählte Delegation zum Studium der Verhältnisse in Sowjetrußland von den in Frage kommenden Stellen (gemeint ist das Rußlandkomitee, d. Red.) „nicht anerkannt" würde.

Dazu möchten wir ein für allemal folgendes feststellen: In einer öffentlichen Versammlung der zweiten Arbeiterdelegation in den Türkischen Zelten, Charlottenburg, machte der Genosse Max Hesse in der Diskussion anwesenden Mitgliedern der KAPD. den Vorschlag, **sich selbst über die Verhältnisse in der USSR. zu überzeugen und demensprechend eine Delegation zu wählen.** Das Mitglied der zweiten Arbeiterdelegation und Redner in der betreffenden Versammlung, Genosse Otto Steinicke, hielt die Anwesenden dabei keine Minute im Zweifel, daß es sich lediglich um Vorschläge des heutigen Abends handeln könne, die weiter gegeben werden könnten, zumal von dem Grundsatz, daß Mitglieder einer Delegation nur in Betriebsversammlungen gewählt werden, nicht abgehen dürfe.

Mit Schreiben vom 4. November 1926 hat jetzt das „Rußlandkomitee" der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands mitgeteilt, daß einer Beteiligung der KAPD. an einer eventuellen dritten deutschen Arbeiterdelegation im nächsten Frühjahr nichts im Wege steht, sofern die Delegierten von der Belegschaft des Betriebs, in dem sie beschäftigt seien, gewählt würden. Dieses Schreiben konnte die „Kommunistische Arbeiterzeitung" in ihrer Nr. 89 vor ihren Lesern nicht unterschlagen. Trotzdem behaupten Redner der KAPD. weiter, man wolle ihre Mitglieder nicht nach Sowjetrußland lassen.

Nun, der Brief des Einheitskomitees ist nach der Meinung der organisierten Arbeiterschaft das größtmöglichste Entgegenkommen an eine so absolut bedeutungslose Gruppe, wie sie die an den Fingern abzuzählenden Anhänger der KAPD. darstellt. Jeder Schwindelkampagne in öffentlichen Versammlungen ist mit der Einladung des Einheitskomitees der Boden entzogen."

Der „Schwindel" der KAPD. hatte demnach doch das eine gute für das Rußlandkomitee, daß es erfuhr, daß sich in Berlin nicht so ganz nebensächliche Dinge ereignet haben. Durch den „Schwindel der KAPD." erfuhr das Rußlandkomitee erst von seinen eigenen Versammlungen, (nicht lachen!) — und von einem „Vorschlag". Daß dieser „Vorschlag" zur Abstimmung kam, und drei Genossen der KAPD. gewählt wurden, ist so peinlich, daß das Rußlandkomitee darüber nichts zu „erfahren" braucht. Dafür „erfährt" die „Rote Fahne", daß Steinicke „keinen Zweifel" an dem „Vorschlag" aufkommen ließ. Wir erklären, daß von diesem „Vorschlag" Steinickes nur die Rede war, daß von dem Rußlandkomitee „erfuhr"; die „Rote Fahne" und das Rußlandkomitee „erfuhr", was ganze Versammlung wird begrüßen, zu „erfahren", was Steinicke seinen Vorgesetzten hätte sagen sollen.

Wir wollen gar nicht streiten über die „Bedeutung" einer solchen „Gruppe", wie die KAPD. Jedenfalls war die „Bedeutungslosigkeit" gerade in diesen Versammlungen

(Schluß Seite 2)

Die Lage des deutschen Kapitals

Eugen Varga, der Wirtschaftssachverständige und Theoretiker der 3. Internationale, widmet in seiner vierteljährlich erscheinenden Uebersicht „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik", ein besonderes Kapitel der Entwicklung des deutschen Kapitals; Charakteristisch ist, daß für die Politik der Komintern immer noch das deutsche Kapital als der Mittelpunkt der Weltwirtschaft angesehen wird. Zuerst war es in den Zeiten der Inflation das Wahrzeichen für die Todeskrise des Kapitals und wurde mit dem Beginn der Stabilisierungspolitik zum entscheidenden Faktor für dessen Gesundung. Es hängt dies auf das engste mit der russischen Entwicklung zusammen, Solange noch in Rußland der „Kriegskommunismus" aus der westlichen Revolution Kraft schöpfen konnte, war die Nep noch vorsichtig im Abbau der revolutionären Errungenschaften der russischen Arbeiterschaft. Die von Anfang an stark in den Vordergrund geschobene Zusammengehörigkeit der russischen und deutschen Revolution und auch die mit der Erreichung dieses Zieles verbundene Vereinigung sowie der Zustrom der deutschen Industrie boten die Möglichkeit eines raschen Aufstiegs der russischen Wirtschaft. Dieser war durch mangelnde Entwicklung der russischen Industrie unterbunden. Es fehlte aber auch infolge des Brachliegens der russischen Agrarwirtschaft an der Aussicht, auf dem Wege des Exports von landwirtschaftlichen Produkten einen Ausgleich durch eine systematisch durchgeführte Einfuhr zu schaffen. Der Oktoberaufstand war der letzte Versuch, im Rahmen dieser „revolutionären" Politik. Die letzten Ausläufer im Jahre 1924 waren schon bedeutungslos. Die Ablösung der Brandlerzentrale durch die Linken vom Schlage Ruth Fischer führte keineswegs zu einer Steigerung der revolutionären Energie in der deutschen Arbeiterschaft. Mit diesem Versagen war auch das Schicksal des gegen die Nep ankämpfenden Flügels der KPSU. erledigt. Die Entthronung der Sinowjew und Genossen war nur eine Frage der Zeit und der Rücksicht auf die in der russischen Arbeiterschaft tief wurzelnde revolutionäre Tradition.

Langsam folgte dieser Tatsachenentwicklung auch die theoretische Umstellung. Die Todeskrise wurde zur Stabilisierungskrise und diese ist jetzt zur Stabilisierung geworden. Wörtlich sagt Varga:

„Die deutsche Bourgeoisie hat sich aus dieser verzweifelten Situation erfolgreich herausgearbeitet. **Vergleichen (mit dem Rußland vor 3 Jahren hat der deutsche Kapitalismus einen gewaltigen Prozeß der Stabilisierung durchgemacht!** (Im Original fett gedruckt.) Nur Narren können dies leugnen."

Nachdem er diese Feststellung gemacht hat und somit ganz offen seine Theorie der von Deutschland ausgehenden Untergrabung der Weltwirtschaft ad acta gelegt hat, kommt er zu dem Ergebnis, daß dieser Zustand der Höhepunkt des Stabilisierungsprozesses bedeutet. Irgendwelche Steigerung könnte nur auf der Basis der allgemeinen Weltwirtschaft oder auf Grund überwältigender technischer Fortschritte erzielt werden. Eine Möglichkeit eines Umschlagens der „Stabilisierung" sieht er nicht und kommt für ihn nicht in Frage. Die einzige Untersuchung, die er in bezug auf die Entwicklung des deutschen Kapitals anstellt, besteht darin, feststellen, ob die deutsche Wirtschaft in Produktion und Konsum den Vorkriegszustand erreicht hat oder nicht. Im Mittelpunkt der neuen Theorie steht damit der Kampf um das tägliche Brot, die Erhöhung des Reallohnes auf das Niveau der Vorkriegszeit. Der Rückzug auf die gewerkschaftliche Taktik wird dadurch gerechtfertigt ebenso wie die Ausschaltung des revolutionären Kampfes. Man würde aber Varga Unrecht tun, wenn man behauptet, daß er nicht auch noch ungelöste Probleme sieht, aber er hält die daraus erwachsenden Konsequenzen keineswegs für so ausschlaggebend, daß er daraus irgendwelche, für das deutsche Kapital negative Schlüsse ziehen könnte.

Aus dieser Tendenz geht ganz klar die Liquidierung der auf die wirtschaftliche Krise des Weltkapitals gestützte revolutionäre Einstellung der 3. Internationale hervor. Die seit dem Jahre 1919 steigende Entwicklung der Weltproduktion und auch des Welthandels scheint ihr den Beweis für die Konsolidierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu bringen. Beide Faktoren haben fast den Vorkriegsstand erreicht. Der Weltumsatz bleibt auf der Basis der Vorkriegspreise berechnet nur um 6 Prozent gegen 1913 zurück. Auch der Anteil Deutschlands am Welthandel ist dauernd im Steigen. Prozentual betrug er 13 Prozent im Jahre 1913 und 6,2 Prozent 1924, um sich